

Stand: 06.02.2026 15:24:19

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/2864

"Exzellenzprinzip sichern: Benachteiligung Bayerns bei der Ansiedlung und Erweiterung von Forschungseinrichtungen verhindern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/2864 vom 16.07.2024
2. Beschluss des Plenums 19/2945 vom 18.07.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 27 vom 18.07.2024



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Kerstin Schreyer, Robert Brannekämper, Bernhard Seidenath, Maximilian Böttl, Daniel Artmann, Konrad Baur, Dr. Andrea Behr, Franc Dierl, Alex Dorow, Dr. Stefan Ebner, Kristan Freiherr von Waldenfels, Thorsten Freudenberger, Andreas Jäckel, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Stefan Meyer, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Jenny Schack, Andreas Schalk, Josef Schmid, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Carolina Trautner, Steffen Vogel und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Exzellenzprinzip sichern: Benachteiligung Bayerns bei der Ansiedlung und Erweiterung von Forschungseinrichtungen verhindern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass die Ansiedlung und Erweiterung von Forschungseinrichtungen weiterhin allein nach wissenschaftsgeleiteten Kriterien, dem Exzellenzprinzip sowie dem universitären und wirtschaftlichen Umfeld erfolgen und eine Benachteiligung Bayerns durch strukturpolitische Vorgaben verhindert wird.

Begründung:

Bayern ist Heimat für eine Vielzahl von hochkarätigen außeruniversitären Forschungseinrichtungen der von Bund und Länder gemeinsam finanzierten Forschungsorganisationen Max-Planck-Gesellschaft, Helmholtz-Gemeinschaft, Fraunhofer-Gesellschaft und Leibniz-Gemeinschaft an über 50 bayerischen Standorten. Mit der Hightech Agenda Bayern investiert der Freistaat mit inzwischen 5,5 Mrd. Euro wie kein anderes Bundesland in Forschung und Innovation und setzen dabei einen besonderen Schwerpunkt auf die weitere Stärkung der Zusammenarbeit zwischen universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Umso größer ist daher die Sorge, dass der Beschluss des Bundeskabinetts zur künftigen Ansiedlung und Erweiterung von Forschungseinrichtungen zu einer direkten Benachteiligung des bayerischen Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorts führen.

Das am 26. Juni 2024 vom Bundeskabinett beschlossene Konzept beschreibt das Ziel, einen „strukturstärkenden Beitrag“ durch die gezielte Ansiedlung von Bundes- und Forschungseinrichtungen in Kohlerevieren, ostdeutschen Flächenländern und strukturschwachen Regionen zu leisten. Dieses Konzepts umfasst nicht nur Einrichtungen, de-

ren Gründung explizit auf der Stärkung strukturschwacher Regionen und einer gesonderten gesetzlichen Grundlage beruhen, wie beispielsweise dem Investitionsgesetz Kohleregionen (InvKG) sondern auch Forschungseinrichtungen der gemeinsamen institutionellen Forschungsförderung von Bund und Ländern nach Art. 91b GG. Damit werden explizit auch strukturpolitische Eingriffe in die Standortentscheidung von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen insgesamt ermöglicht.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Kerstin Schreyer, Robert Brannekämper, Bernhard Seidenath, Maximilian Böttl, Daniel Artmann, Konrad Baur, Dr. Andrea Behr, Franc Dierl, Alex Dorow, Dr. Stefan Ebner, Kristan Freiherr von Waldenfels, Thorsten Freudenberger, Andreas Jäckel, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Stefan Meyer, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Jenny Schack, Andreas Schalk, Josef Schmid, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Carolina Trautner, Steffen Vogel** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 19/2864

Exzellenzprinzip sichern: Benachteiligung Bayerns bei der Ansiedlung und Erweiterung von Forschungseinrichtungen verhindern

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass die Ansiedlung und Erweiterung von Forschungseinrichtungen weiterhin allein nach wissenschaftsgeleiteten Kriterien, dem Exzellenzprinzip sowie dem universitären und wirtschaftlichen Umfeld erfolgen und eine Benachteiligung Bayerns durch strukturpolitische Vorgaben verhindert wird.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback

Abg. Benjamin Nolte

Abg. Verena Osgyan

Abg. Katja Weitzel

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Staatsminister Markus Blume

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe nun zur weiteren Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazzolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Exzellenzprinzip sichern: Benachteiligung Bayerns bei der Ansiedlung und Erweiterung von Forschungseinrichtungen verhindern (Drs. 19/2864)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Prof. Dr. Winfried Bausback, CSU-Fraktion das Wort.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Kolleginnen und Kollegen! Deutschland und Bayern sind rohstoffarme Länder. Der Rohstoff, der uns nach vorne gebracht und uns – ich spreche jetzt von Bayern – zu einem führenden Spitzenstandort von Technologie und Innovation gemacht hat, ist Forschung in Spitzenqualität. Die Bayerische Staatsregierung hat sich dafür über Jahrzehnte konsequent eingesetzt. Der Bund hat nun im Rahmen einer Gesamtstrategie beschlossen, dass über neue Standorte der gemeinsamen Forschungsverbünde – Max-Planck, Helmholtz usw. – auch nach strukturellen Förderkriterien entschieden wird.

Kolleginnen und Kollegen, auch wenn daneben die Exzellenz als maßgebliches Kriterium erhalten bleibt, ist das eine Durchbrechung. Die Spitzenforschung hängt vor allem davon ab, dass sich Zentren bilden. Wenn eine Einrichtung der Max-Planck-Gesellschaft mit einer Forschungsgruppe beginnt, dann beginnt sie dort, wo sich Exzellenz schon konstituiert hat.

Der Bund bevorzugt bezüglich der von den Ländern gemeinsam getragenen Forschungseinrichtungen jetzt die strukturschwachen Kohlereviere, die strukturschwachen ostdeutschen oder die strukturschwachen Gebiete der neuen Länder. Das durchbricht den zentralen Grundsatz, den Bayern immer geachtet hat, nämlich dass

Spitzenforschung auch entsprechende Spitzenkapazitäten voraussetzt. Man kann eine Spitzenforschungseinrichtung nicht an irgendeiner Stelle, wo noch nichts ist, neu aufbauen.

Deshalb ist diese Entscheidung auf Bundesebene aus unserer Sicht so skandalös. Deshalb wollen wir auch nicht, dass durch eine solche Entscheidung ein forschungstarkes und industriestarkes Land wie Bayern, wie an vielen anderen Punkten auch, systematisch benachteiligt wird. Deshalb unser Antrag. Ich bitte um Zustimmung. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Benjamin Nolte für die AfD-Fraktion. Herr Nolte, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Benjamin Nolte (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kollegen! Bei diesem Dringlichkeitsantrag wird Bezug auf einen Beschluss des Bundeskabinetts in Berlin vom 26. Juni dieses Jahres genommen. Der Beschluss sieht vor, dass bei der Standortentscheidung über die Ansiedlung oder Erweiterung von Bundes- und Forschungseinrichtungen strukturelle Gesichtspunkte künftig ausreichend berücksichtigt werden. Bundes- und Forschungseinrichtungen sollen daher vor allem in Kohleregionen, in den Flächenländern im Osten der Republik sowie in anderen strukturschwachen Regionen angesiedelt werden. Zudem soll die Ansiedlung bevorzugt in Klein- und Mittelstädten erfolgen, also in Städten mit Einwohnerzahlen zwischen 5.000 und 100.000. Ziel soll die Schaffung möglichst gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland sein.

Die Regierungsfaktionen befürchten nun eine Benachteiligung Bayerns als strukturstarkes Bundesland und fordern, dass bei der Ansiedlung und Erweiterung von For-

schungseinrichtungen weiterhin wissenschaftsgeleitete Kriterien – das Exzellenzprinzip – sowie das universitäre und wirtschaftliche Umfeld berücksichtigt werden. CSU und FREIE WÄHLER verweisen in diesem Zusammenhang auf die Hightech Agenda Bayern und die in deren Rahmen getätigten Investitionen von 5,5 Milliarden Euro. So weit, so gut.

Wir sind uns sicherlich darin einig, dass wir eine Benachteiligung Bayerns gegenüber anderen Bundesländern nicht wollen. Es kann nicht sein, dass Standortentscheidungen über die Ansiedlung von Forschungseinrichtungen alleine danach getroffen werden, dass es an den potenziellen Standorten sonst nichts gibt.

Andererseits ist die Entwicklung strukturschwacher Regionen durchaus ein löbliches Anliegen. Auch wenn es die Kollegen Abgeordneten aus dem Großraum München manchmal nicht wahrhaben wollen: Wir haben auch in Bayern strukturschwache Regionen, so zum Beispiel Hof und Wunsiedel in Oberfranken, die Landkreise Regen und Freyung-Grafenau in Niederbayern oder Teile der Oberpfalz. Von den Fördergeldern der Hightech Agenda Bayern landet ein Großteil in den ohnehin schon starken Ballungszentren wie München, Nürnberg und Augsburg.

Die Antragsteller kritisieren die Bundesregierung für die angeblich unfaire Verteilung von Standorten für Forschungseinrichtungen, während sie selbst bevorzugt in Regionen investieren, denen es ohnehin schon gut geht. Ich will jetzt nicht von Doppelmoral sprechen, aber das zeigt schon eine gewisse Fragwürdigkeit. In der Tat werden die strukturschwachen Gebiete innerhalb des eigenen Bundeslandes nicht ausreichend berücksichtigt.

(Beifall bei der AfD)

Wenn ich mir den Beschluss der Bundesregierung anschau, muss ich zugeben: Meines Erachtens liegt der Fokus zu sehr auf den Kohleregionen und den neuen Bundesländern. In dem Beschluss ist aber allgemein die Rede von strukturschwachen Regionen in Deutschland. Ich lese aus dem Beschluss nicht heraus, dass die

strukturschwachen Regionen in Bayern von dem Beschluss ausgenommen sein sollten.

Es ist ein bisschen absurd, wenn sich die Regierungsfaktionen darüber beschweren, dass der Bund strukturschwache Regionen fördert, während sie selbst eine Politik verfolgen, die genau das Gegenteil will; denn Regionen wie der Bayerische Wald werden weiterhin vernachlässigt, während München und Nürnberg immer mehr Mittel erhalten.

Wir werden diesen Antrag trotzdem unterstützen, weil wir auf der einen Seite eine Benachteiligung Bayerns befürchten und mit den Regierungsfaktionen darin übereinstimmen, dass das Exzellenzprinzip und die anderen genannten Kriterien weiterhin eine Rolle spielen sollen. Auf der anderen Seite fordern wir die Staatsregierung auf, auch die strukturschwachen Regionen innerhalb Bayerns im Blick zu behalten und etwas für diese Regionen zu tun. Bayern ist mehr als nur München, Nürnberg und Augsburg. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Verena Osgyan für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Verena Osgyan (GRÜNE): Herr Präsident, Herr Staatsminister, Kolleginnen und Kollegen! Die Regierungsfaktionen wollen sich mit ihrem Dringlichkeitsantrag dafür einsetzen, dass Forschungseinrichtungen des Bundes dort angesiedelt werden, wo sie sinnvoll sind. Sie sollen explizit wissenschaftspolitisch sinnvoll angesiedelt werden. Dagegen kann man nichts einwenden. Ich erwarte eigentlich, dass sich die Staatsregierung auch ohne einen gesonderten Dringlichkeitsantrag dafür einsetzt. In dieser Auffassung stimmen wir überein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir aber den Dringlichkeitsantrag und vor allem seine Begründung genauer lesen, wird es schon ziemlich schief. Wir merken dann, dass es wieder mal um Ampel-Bashing und Rumgejammere geht.

Worum geht es in dem kritisierten Konzept der Bundesregierung? – Es geht um Neuansiedlungen und Erweiterungen von Behörden und Ressortforschungseinrichtungen des Bundes. Es geht vor allem um Forschungseinrichtungen, bei denen strukturpolitische Erwägungen eine sinnvolle Rolle spielen. Ehrlich gesagt, kann ich mir nicht vorstellen, dass man ein Forschungsinstitut zum Beispiel zur Transformation von Kohlerevieren in Oberbayern ansiedeln könnte. Zumindest ist mir als Fränkin nicht bekannt, dass wir ein Kohlerevier haben. Aber das sei an dieser Stelle einmal hintangestellt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Die Bayerische Staatsregierung möchte sich auch nicht unbedingt reinreden lassen, in Nürnberg eine Technische Universität zu gründen. Dementsprechend liegt es in der Entscheidungshoheit des Bundes, wofür und unter welchen Kriterien welche Gelder wohin gelenkt werden.

Mir ist Folgendes ganz wichtig. Herr Prof. Bausback, ich schätze Sie sehr, muss Ihnen hier aber widersprechen; denn wenn man das Konzept genau liest, stellt man fest: Darin ist klar davon die Rede, dass die Einrichtungen, die von der gemeinsamen Wissenschaftskonferenz finanziert werden, davon nur am Rande betroffen sind und Exzellenz weiterhin der ausschlaggebende Faktor ist. Darauf baue ich. Den Schluss, dass der "böse" Bund Gelder nicht nach Bayern lenken will, kann ich aus diesem Konzept nicht herauslesen. Man muss betonen: Wenn es um strukturell benachteiligte Regionen geht, erwarte ich, dass wir uns dafür einsetzen, dass beispielsweise Wunsiedel oder der Bayerische Wald etc. auch berücksichtigt werden können, wenn es denn passt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Des Weiteren soll es Beratungsangebote geben. In einer Clearingstelle werden Standortentscheidungen dokumentiert. Das ist mehr Transparenz, als ich bei der Staatsregierung bei Standortentscheidungen bemerkt habe. Wenn Sie aber wie ich schon ein bisschen länger im Landtag sind und zurückblicken, müssen auch Sie konstatieren: Die Staatsregierung hat jahrzehntelang selbst Programme wie eine sogenannte wissenschaftsgestützte Strukturpolitik propagiert. Der Name sagt schon alles. Das war eine "wissenschaftsgestützte Strukturpolitik", bei der selbstverständlich Behörden verlagert und Forschungseinrichtungen auf dem Land angesiedelt wurden. Es waren auch Schmankerl wie die Verlagerung des Staatsarchivs von Würzburg nach Kitzingen dabei, worüber die Wissenschaftswelt einhellig den Kopf geschüttelt hat. Die "Süddeutsche Zeitung" hat am 25. Februar 2019 über diese Verlagerung des Staatarchivs getitelt: "Eine Verschlimmbesserung für etwa 50 Millionen Euro". Ich glaube, mehr brauche ich dazu nicht zu sagen.

Sie sollten da die Politik des Bundes nicht immer nach dem eigenen Maßstab beurteilen. Ich glaube außerdem, dass es die Bundesregierung damit schafft, strukturpolitische Erwägungen transparent in die Prozesse einzubeziehen.

Wenn es darum geht, dass sich zum Beispiel Forschungseinrichtungen wie ein Max-Planck-Institut in Bayern ansiedeln, sollten wir die Möglichkeiten, die wir haben, auch nutzen. Herr Aiwanger, es tut mir leid, aber ich muss Ihnen das vorhalten und hier sagen: Sie waren von insgesamt 16 Sitzungen des Senats der Max-Planck-Gesellschaft sämtliche 16 Male nicht anwesend.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Ganz schlimm!)

Ich hoffe, dass Ihr Nachfolger Herr Blume mehr Arbeitseifer an den Tag legt, weil man sich dort in der bundesweiten Forschungspolitik wirklich sinnvoll für die Ansiedlung von Forschungseinrichtungen in Bayern einsetzen könnte. Gemeinsam sollten wir daran arbeiten. Ganz ehrlich: Dieser Dringlichkeitsantrag hingegen schafft bloß verbrannte Erde. Deswegen werden wir ihn ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Die nächste Rednerin ist Frau Katja Weitzel für die SPD-Fraktion. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Katja Weitzel (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne! Das Konzept, das die Bundesregierung vorgelegt hat, bzw. ihr Beschluss, der mit diesem Dringlichkeitsantrag angegriffen wird, ist nichts anderes als eine zielgerichtete Maßnahme, um strukturschwache Regionen im Osten unserer Bundesrepublik zu stärken, insbesondere die Regionen, die wenige oder gar keine außeruniversitären Forschungseinrichtungen haben. Das ist richtig so. Wo genau liegt darin die Benachteiligung Bayerns? In dem Dringlichkeitsantrag von der CSU und den FREIEN WÄHLERN lese ich keinen einzigen Nachweis, dass es zu Benachteiligungen des Freistaats kommen muss. Diesem Konzept kann man das mit keiner Silbe entnehmen. Es geht hier nämlich um Solidarität und eben nicht um eine sinnlose Neiddebatte, die mit dem Dringlichkeitsantrag wieder vom Zaun gebrochen wird.

Was tut denn die Bundesregierung mit dem, was sie tut? – Sie kommt einem Verfassungsauftrag nach, indem sie für gleichwertige Lebensverhältnisse sorgt und Voraussetzungen dafür schafft. Das steht nicht nur im Grundgesetz, sondern auch in der Bayerischen Verfassung: Der Freistaat bzw. die Staatsregierung hat hier in Bayern für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen.

Kommt der Freistaat Bayern bzw. die Staatsregierung ihrer Pflicht nach? – Wenn man sich auf einer Karte Bayerns einmal anschaut, wo sich hier Forschungseinrichtungen befinden, stellt man fest, dass sie sich massiv auf Oberbayern und besonders auf die Region München konzentrieren. Durch die Hightech Agenda wird sich dieses Ungleichgewicht massiv verstärken. Wo sind denn eigentlich die Maßnahmen der Staatsregierung, dafür zu sorgen, dass sich diese Forschungseinrichtungen in struktur-

schwachen Regionen wie zum Beispiel in Hof oder in ähnlich strukturschwachen nordbayerischen Regionen ansiedeln?

(Beifall bei der SPD)

Der Freistaat Bayern kann auch etwas tun. Was tut der Bund noch? – Der Bund flankiert seine Maßnahmen auch noch mit einer massiven Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen besonders in diesen Forschungsbereichen. Außeruniversitäre Forschungsinstitute siedeln sich eben nicht nur dort an, wo schon Exzellenzuniversitäten sind. Für sie sind vielmehr auch Orte interessant, wo sich solche Unternehmen angesiedelt haben, die in den Bereichen Medizintechnikentwicklung oder Pharmaindustrie interessant sind. Dorthin gehen sie. Wo bitte findet so etwas hier in Bayern statt? Wo kommt die Staatsregierung ihrem Auftrag nach, den sie nach der Bayerischen Verfassung hat, nämlich hier in Bayern für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen?

Die Bundesregierung tut dies mit dem Beschluss, den sie gefasst hat. Sie kommt ihrem Verfassungsauftrag nach. Ich finde, man sollte zuerst vor der eigenen Haustüre kehren – wir hier in Bayern haben einiges richtig zu machen –, bevor man vorausschauend schon wieder befürchtet, dass vielleicht irgendwelche Benachteiligungen entstehen, wobei es keinerlei Grundlage oder Beweise gibt, dass sie wie befürchtet eintreten werden. Wir werden den Dringlichkeitsantrag ablehnen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU: Hinterher ist es zu spät!)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Der nächste Redner ist Herr Prof. Michael Piazzolo für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die bisherige Aussprache hat gezeigt, dass man viel aneinander vorbeigeredet hat. Um es einmal klarzustellen: Selbstverständlich sind die Bayerische Staatsregierung und die sie tragenden Regierungsfaktionen für Struk-

turpolitik. Wir machen das tagtäglich in Bayern, und wir machen das sehr gut, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir sind für die Stärkung von benachteiligten Regionen. Auf der einen Seite ist das richtig; auf der anderen Seite – das sage ich auch – hat Strukturförderung bei außeruniversitären Forschungseinrichtungen und bei der Frage nach Exzellenz und danach, wohin man das Geld gibt, erst einmal keine Bedeutung. Da geht es darum, die Forschungseinrichtungen und die Wissenschaft zu stärken; da gibt es andere Kriterien.

Bei Exzellenz geht es nicht darum zu sagen, dass das jetzt ins Kohlerevier soll, weil man es stärken will, egal wie gut es ist. Das ist falsche Politik. Nur das monieren wir, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Um das richtig zu verstehen: Wir sind nicht gegen das gesamte Konzept, das das Bundesministerium des Inneren und für Heimat vorgelegt hat – es ist übrigens interessant, dass die das vorgelegt haben –, sondern genau gegen den Teil darin, in dem es um die Exzellenzforschung geht.

Was ist Exzellenz? – Exzellenz ist sicher schwierig zu definieren; es ist erst einmal eine Zuschreibung. Wenn man zu jemandem "Eure Exzellenz" sagt, dann ist noch nicht gesagt, dass er wirklich exzellent ist, sondern es ist eine Zuschreibung. Aber worum geht es denn? – Es geht uns um hohe Qualitätsstandards. Qualität ist also das Entscheidende und nicht die Frage, wo man was wie fördern möchte. Das heißt, der Schulterschluss zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschung ist wichtig.

Wichtig sind auch die Autonomie und Unabhängigkeit von politischen Entscheidungen; das sagt jeder, mit dem man in diesem Bereich redet. Es ist schon ein negatives Zeichen, wenn man den Eindruck hat, dass die Politik darüber entscheidet, wohin welches Max-Planck-Institut oder wohin welche Helmholtz-Gesellschaft kommt. Wir wol-

len Wissenschaftler motivieren. Entscheidend ist die wissenschaftsgeleitete Vergabe. Das ist das Entscheidende, weil es weniger darum geht, ob der Standort dann in Ostdeutschland oder in Bayern ist; da müssen wir auch einmal ganz ehrlich sein.

Das ist natürlich für uns als Abgeordnete wichtig. Es geht aber darum, dass die Forschenden den Eindruck haben, dass es die richtigen Kriterien sind, dass sie nicht nur dafür da sind, um vielleicht Versäumnisse der Bundesregierung oder welcher Regierung auch immer auszugleichen und dann als Wissenschaftler in strukturschwache Regionen zu gehen. Nein, wir wollen, dass die Wissenschaftler wissenschaftlich auf höchstem Standard agieren können.

Seien wir ehrlich: Gerade in Bayern und bei den Einrichtungen, um die es hier geht, stehen wir nicht in Konkurrenz zu vielleicht neu zu schaffenden Einrichtungen in Ostdeutschland oder in Kohlerevieren, sondern es geht darum, mit China, mit den USA, mit Harvard, mit dem MIT, mit Stanford oder anderen zu konkurrieren. Darum geht es, und dafür kämpfen wir auch als Abgeordnete.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Noch einen letzten Satz an die Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD hier im Bayerischen Landtag: Ich wünsche mir – und dafür sind Sie auch gewählt –, dass Sie nicht nur die Bundesregierung verteidigen, sondern dass Sie hier auch für bayerische Interessen stehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Sie sind bayerische Abgeordnete und nicht die Vertreter einer Bundesregierung. Deshalb setzen Sie sich für diesen Antrag ein, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Für die Staatsregierung spricht jetzt noch der Staatsminister Markus Blume. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Markus Blume (Wissenschaft und Kunst): Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann nahtlos am letzten Redebeitrag anschließen; denn genau so ist es, meine Damen und Herren. Ich war einigermaßen entsetzt, in Teilen der Debatte festzustellen, dass dieser eigentlich unglaubliche Vorgang hier von den Vertretern der Ampel-Parteien einfach so durchgewunken werden soll. Es ist ein unglaublicher Vorgang, dass künftig die Ansiedlung von Forschungseinrichtungen primär nach strukturellen und eben nicht mehr nach wissenschaftspolitischen Kriterien stattfindet.

(Verena Osgyan (GRÜNE): Das haben Sie doch selbst jahrelang gemacht!)

Das ist der eigentliche Fehler, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dagegen wehren wir uns.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Ich kann nur ganz deutlich sagen: Das ist ein dreifacher Schlag. Das ist erstens ein Schlag ins Gesicht der bewährten Exzellenz-Strategie und auch der Wissenschaftsorganisationen, die höchsten Wert darauf legen, dass Entscheidungen in der Wissenschaft eben auch wissenschaftsgeleitet getroffen werden und nicht alleine politischen Wünschen folgen. Es ist ehrlicherweise auch ein Schlag ins Gesicht aller jungen Talente. Wir müssen internationaler werden. Wir sind darauf angewiesen, dass wir die besten Köpfe der Welt nach Deutschland und nach Bayern holen. Meine Damen und Herren, glauben Sie, dass diese Talente irgendwohin gehen? Wir sind froh, wenn sie Deutschland auf der Landkarte finden; noch froher wären wir, wenn sie Bayern fänden.

Aber die Vorstellung, dass man irgendeine Kleinstadt in der Prarie zu einem Zentrum der weltweiten Exzellenz aus dem Boden stampft, geht fehl; so funktionieren Wissenschaft und Wissenschaftspolitik nicht. Das sind Prozesse über Jahre und Jahrzehnte. In Berlin glaubt man, in einer Hauruck- und Panikaktion schnell ein paar Standortentscheidungen treffen zu können; das funktioniert in der Wissenschaft nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, im Ergebnis ist das eine Entscheidung gegen Exzellenz, gegen Wissenschaftsgeleitetheit und gegen Talente. Unterm Strich ist es auch und gerade eine Entscheidung gegen Bayern. Ich kann es nicht anders sagen: Liebe Kollegin Osgyan und liebe Kollegin Weitzel, Sie geben sich hier ziemlich ahnungslos, als wäre es völlig überraschend und eine kühne Vermutung der Regierungsfractionen, dass Bayern möglicherweise benachteiligt werden könnte.

(Zuruf der Abgeordneten Verena Osgyan (GRÜNE))

Schauen Sie sich einmal die Entscheidungen der letzten Monate und Jahre an. Das Deutsche Zentrum Mobilität der Zukunft – DZM – ist von dieser Bundesregierung sang- und klanglos gestrichen worden. Das Wasserstoffzentrum Pfaffenhausen ist fast bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. Ich will ehrlich sein: Mir schwant Böses, was weitere Entscheidungen angeht. Wir warten auf die Entscheidung, wo die künftigen Start-up-Factories stehen. Wir sind hier mit Erlangen, München und vielen anderen Standorten spitze aufgestellt.

Wir liegen auch bei der Frage, wohin das deutsche Prüf- und Testzentrum für KI-basierte Roboter kommt, im Rennen. Wenn man dieser Regierung Briefe schreibt, bekommt man von ihr nicht einmal eine Antwort.

(Michael Hofmann (CSU): Unglaublich! – Martin Wagle (CSU): Skandalös!)

Meine Damen und Herren, ich kann nur sagen: Es ist eine substanzielle und über Jahre hinweg erfolgende Benachteiligung Bayerns, die hier seitens der Ampel stattfin-

det. Deswegen habe ich überhaupt kein Verständnis dafür, dass Sie sich als Opposition hier in dieser Anti-Länder- und Anti-Bayern-Koalition wiederfinden wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe gehofft, dass hier heute einmal ein paar klare Bekenntnisse abgelegt und vielleicht auch eingefordert werden. Ich würde mir von der Bundesregierung ein klares Bekenntnis zum Stellenwert von Wissenschaft und auch zum Stellenwert von Wissenschaftsfreiheit wünschen, und zwar glaubwürdig. Die Feststellung ist ja vielmehr, dass Wissenschaft in Berlin im Moment eher als Günstlingswirtschaft verstanden wird. Es gibt abenteuerliche Vorgänge im zuständigen Bundesministerium für Bildung und Forschung, wo Fördergelder quasi angeblich an Gesinnungstests geknüpft werden sollten.

Wenn Staatssekretärinnen dort gehen, was inzwischen der Regelfall ist, kommen irgendwelche Parteifreunde nach. Ich kann nur sagen: Wenn man jetzt auch noch auf die Idee kommt, strukturpolitische Planwirtschaft statt wissenschaftspolitischer Exzellenzförderung zu betreiben, ist man komplett auf dem Holzweg, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es schmerzt mich ehrlicherweise, dass nicht nur die AfD – damit kann ich leben, weil man es nicht anders erwartet –, sondern auch Sie, liebe Frau Kollegin Weitzel, mit völliger Unkenntnis glänzen, was die Möglichkeiten und die Bedeutung der Hightech Agenda angeht. Die Hightech Agenda ist das komplette Gegenteil davon, sich nur auf einige wenige zu konzentrieren. Die Hightech Agenda ist das wissenschaftspolitische Stärkungsprogramm für das ganze Land, für alle Regionen, für jeden Teil Bayerns, für alle Einrichtungsformen. Wir entscheiden hier nicht an irgendeinem grünen Tisch, wohin wir welche Gelder ausreichen.

Fakt ist: Die beispielsweise 1.000 Professuren der Hightech Agenda sind gleich verteilt vergeben worden, und das wissen Sie – liebe Frau Kollegin Osgyan, lassen Sie sich nicht ablenken –: 50 % an die Universitäten und 50 % an die Hochschulen für angewandte Wissenschaften sowie Technischen Hochschulen. Die insgesamt 5,5 Milliarden Euro werden komplett in der Fläche ausgegeben.

Herr Staatskanzleichef, gerade jetzt gibt es Entscheidungen im Kabinett über neue Technologietransferzentren; sie entstehen gerade nicht an vorhandenen Hochschulstandorten, sondern ausschließlich dort, wo es noch keine Hochschule gibt. Ich kann nur sagen: Wir als Freistaat Bayern brauchen keine Nachhilfe darin, wie man Wissenschaftspolitik für das ganze Land und für die Zukunft organisiert, andere in Berlin sehr wohl, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

So wie wir ein klares Bekenntnis zur Wissenschaft und Wissenschaftsfreiheit abgeben, so möchte ich auch erwarten, dass es ein Bekenntnis zum Leistungsprinzip gibt, auch in der Wissenschaft. Es ist doch schon immer sozialistischer Unsinn gewesen zu verteilen, bis nichts mehr da ist. Wir würden die Debatte möglicherweise weniger scharf führen, wenn ich Ihnen berichten könnte, dass im Bund die Bereitschaft, für Wissenschaft zu brennen, total gegeben ist. Aber ich kann nur berichten: Wir kommen gerade von der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz in Hamburg. Egal wo man hinschaut: Bewegungsmöglichkeit? – Völlige Fehlanzeige. Zusätzliche finanzielle Spielräume durch den Bund? – Absolute Fehlanzeige. Wir sind froh, wenn wir das, was wir vertraglich mit dem Bund vereinbart haben – 3 % Aufwuchs – irgendwo und irgendwie erreichen können. Es ist tatsächlich der Sargnagel für die Wissenschaftspolitik in Deutschland, in einer Phase des Sinkflugs von forschungspolitischen Aktivitäten auch noch Umverteilung machen zu wollen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich bin der Meinung, Leistung muss belohnt werden. Das muss auch in diesem Feld so sein. Warum sollen sich Länder noch anstrengen, besser zu werden, oder versuchen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen zu errichten bzw. die Voraussetzungen dafür zu schaffen? Warum sollen sich Forscher noch anstrengen, wenn eh schon klar ist und politisch gesetzt ist, an wen das Geld, das praktisch nicht vorhanden ist, gehen wird.

Ich sage ganz einfach: Wir zahlen schon genug in den Länderfinanzausgleich. Deswegen lassen wir uns nicht länger benachteiligen, auch in wissenschaftspolitischer Hinsicht nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich komme nun zu meinem letzten Punkt – der Kollege Piazzolo hat es gerade angesprochen –: Verdammt Axt! Wir sind doch Vertreterinnen und Vertreter des Freistaates Bayern, eines Bundeslandes. Bildungspolitik und Wissenschaftspolitik sind zunächst einmal originäre Aufgaben der Länder. Ich würde erwarten, dass Sie einmal länderfreundlich denken. Sie sitzen nicht im Deutschen Bundestag, sondern hier im Bayerischen Landtag. Sie sollten sich überlegen, was Sie von dieser Bundesregierung fordern sollten, damit die Länder und gerade auch der Freistaat Bayern nicht benachteiligt werden. Da ist heute in dieser Debatte komplette Fehlanzeige gewesen. Stattdessen halten Sie weiterhin der taumelnden Ampel die Stange. Ich kann es nicht verstehen. Ich frage mich, wann Sie endlich selbst das weiß-blaue Banner in die Hand nehmen. Tun Sie, wofür Sie gewählt wurden! Stimmen Sie für Bayern und gegen eine Benachteiligung des Freistaats!

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Für die erste Zwischenbemerkung erteile ich der Kollegin Verena Osgyan für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Verena Osgyan (GRÜNE): Herr Staatsminister, ich muss mich sehr wundern, Sie widersprechen sich ständig selber. Ich hätte drei Fragen zu Ihrem Redebeitrag: Erstens. Wo lesen Sie im Konzept der Bundesregierung, dass es vor allem um die außeruniversitäre Forschung – Max-Planck-Gesellschaft etc. – geht? Ich lese folgenden Satz: Forschung und Lehre sind vorrangig an wissenschaftlicher Exzellenz auszurichten.

Zweitens. Möchten Sie bestreiten, dass die Staatsregierung über Jahrzehnte hinweg zig Initiativen, die vor allem strukturpolitisch ausgerichtet waren, gemacht hat? Ich nenne die Nordbayern-Initiative, die Ostbayern-Initiative, die Heimatstrategie, die wissenschaftsgestützte Strukturpolitik, die zwar einige Erfolge gezeitigt hat, aber teilweise auch echten Unsinn. Sie tun jetzt so, als dürfe man nicht nach strukturpolitischen Erwägungen entscheiden. Das widerspricht sich total.

Drittens. Natürlich setzen wir uns alle für Bayern ein. Ich kann im Moment nicht sehen, dass da ein Problem besteht. Sollte ein Problem bestehen, springen wir natürlich alle in die Bresche. Ich möchte darauf hinweisen, dass auch der Bund sehr viel tut. Die größte Förderung, die von der Staatsministerin für Kultur und Medien jemals gekommen ist, geht nach Nürnberg für die Ermöglichungsräume der Kongresshalle. Hier wäre ein Dankeschön angebracht. Wir werden auch weiterhin in die Bresche springen, damit das nicht das Letzte bleibt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Staatsminister Markus Blume (Wissenschaft und Kunst): Liebe Frau Kollegin Osgyan, ich weiß nicht, wie viele Briefe Sie schon an Ihren Parteifreund Habeck geschrieben haben, um dafür zu sorgen, dass das Deutsche Zentrum Mobilität der Zukunft oder das Wasserstoffzentrum oder andere Dinge in dieser Bundesregierung den Stellenwert bekommen, den sie haben sollten. Im Grunde würden wir nichts weniger einfordern, als nur vertragstreu zu sein und das einzuhalten, was in der Vergangenheit vereinbart worden ist. Ich weiß ehrlich gesagt nicht, wie engagiert Sie sich da eingesetzt haben, aber vom Ergebnis her war es nicht sehr erfolgreich. All diese Dinge sind

nämlich schon gestrichen worden. Wir wehren uns nur dagegen, dass noch mehr gestrichen werden soll bzw. dass das Wenige, das noch in der Verteilung liegt, auch noch dem Rotstift für Bayern zum Opfer fallen soll.

Ich kann Ihnen nur eines sagen: Der entscheidende Unterschied ist, wir in Bayern haben Wissenschaftspolitik immer im Aufstieg organisiert. Wir haben keine Mangelverwaltung eingeführt und dann noch umverteilt, sondern wir haben immer dafür gesorgt, dass in Bayern sowohl in Stadt als auch auf dem Land beste Zukunftsaussichten bestehen. Sie kennen alle Initiativen; einen Teil davon haben Sie aufgeführt. Ich bin sehr stolz auf die Regionalisierungsinitiativen. Ich bin genauso stolz darauf, dass wir die Spitzeneinrichtungen und unsere Exzellenzuniversitäten weiter fördern können. Wir wollen nicht mehr und nicht weniger vom Bund, als fair zu sein und nicht den einen gegen den anderen auszuspielen. Es soll überall dafür gesorgt werden, dass in Wissenschaft und Forschung die Zeichen auf Fortschritt gestellt sind.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Für die zweite Zwischenbemerkung erteile ich der Kollegin Katja Weitzel für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Katja Weitzel (SPD): Sehr geehrter Herr Staatsminister, Sie müssen sich schon einmal entscheiden, was Sie wollen. Es ist wieder der Satz gefallen, dass der Freistaat Bayern durch den Länderfinanzausgleich strukturschwache Regionen mitfinanziert. Sie kritisieren gleichzeitig, dass strukturschwache Regionen – Kohleregionen oder Ostdeutschland – unterstützt werden sollen. Das verstehe ich nicht; das ist für mich widersinnig. Stattdessen wird eine Neiddebatte aufgemacht. Es ist nicht so, dass hier Unkenntnis herrscht. Den Vorwurf lasse ich mir nicht machen. Es geht nämlich nicht nur darum, diese Institute an Exzellenzuniversitäten anzusiedeln. Ich kenne aus meiner Erfahrung viele sogenannte Hidden Champions, die wirklich gute Entwicklungen als KMUs machen; auch die sind interessant. Es geht auch darum, strukturschwachen Regionen weiterzuhelfen, sie attraktiv zu machen, vor allen Dingen Fachpersonal dort

anzusiedeln bzw. dort zu halten. Sie müssen endlich einmal die Entscheidung treffen, ob das in den Regionen auch gefördert wird und sie auch die Chance bekommen, sich weiterzuentwickeln, gerade auch im Osten unserer Republik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Staatsminister Markus Blume (Wissenschaft und Kunst): Liebe Kollegin, ich kann überhaupt keinen Widerspruch erkennen. Ich habe darauf hingewiesen, dass wir den Länderfinanzausgleich leisten: 10 Milliarden Euro im Jahr. Es ist doch nur legitim zu sagen, wenn es in der Republik schon eine riesige Umverteilung gibt – die ich in Teilen für leistungsfeindlich erachte –, dann kann man doch nicht eine zweite Umverteilung und – in diesem Fall – noch mal eine Benachteiligung Bayerns implementieren. Das ist genau unser Thema: keine doppelte Benachteiligung für den Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Hiermit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 19/2864 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Gegenstimmen! – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.